

Jährlich knapp 300 Euro mehr für Grundsteuer

Verband schlägt Alarm

Nach den drastischen Mietsteigerungen im Märkischen Viertel in Reinickendorf hat der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) vor einer finanziellen Überforderung der Bewohner ehemaliger Sozialwohnungen gewarnt. Wenn die öffentliche Förderung der Sozialbauten ende, würde sich die Miete durch die Neuberechnung der Grundsteuer bei einer 100 Quadratmeter großen Wohnung jährlich um knapp 300 Euro erhöhen, erklärte BBU-Sprecher David Eberhart. Dies gelte nicht nur für Wohnungen im Märkischen Viertel, sondern für alle Sozialwohnungen, die ihren Status als öffentlich geförderte Wohnung verlieren. Bis zum Jahr 2010 betrifft das rund 40 000 Wohnungen in Berlin.

Der BBU-Sprecher forderte, der Senat solle sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung bei der Grundsteuer-Berechnung für ehemalige Sozialbauten einsetzen. Die Bewertung der Häuser ist bundeseinheitlich festgelegt. Die Senatsfinanzverwaltung will zwar keine Bundesratsinitiative starten, sie verwies gestern aber darauf, dass sie sich bei den Verhandlungen über ein neues Erbschaftsrecht auch für eine Änderung bei der Grundsteuer-Berechnung einsetze. Ziel sei es, zu einer gerechteren Bewertung zu kommen und Preissprünge bei ehemaligen Sozialwohnungen zu verhindern.

Im Märkischen Viertel gehen derzeit die Bemühungen weiter, den Anstieg der Mietbelastung zu begrenzen. Große Wohnungen haben sich dort seit Ende 2006 um mehr als 200 Euro monatlich verteuert. Der SPD-Abgeordnete Jörg Stroedter sagte gestern, die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau wolle die Mieterhöhungen zwischen 14 und 18 Prozent zum 1. Januar zwar nicht zurücknehmen, habe aber in Aussicht gestellt, dass sie an den hohen Betriebskosten etwas ändern wolle. Mieter an der Finsterwalder Straße zahlen 4,27 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich für die Nebenkosten. Das ist sehr viel mehr als sonst in Berlin üblich. Der Durchschnitt bei den BBU-Mitgliedsunternehmen in Berlin liegt bei 2,10 Euro. (ulp.)

Berlin

Jährlich knapp 300 Euro mehr für Grundsteuer **Verband schlägt Alarm**

Nach den drastischen Mietsteigerungen im Märkischen Viertel in Reinickendorf hat der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) vor einer finanziellen Überforderung der Bewohner ehemaliger Sozialwohnungen gewarnt. Wenn die öffentliche Förderung der Sozialbauten ende, würde sich die Miete durch die Neuberechnung der Grundsteuer bei einer 100 Quadratmeter großen Wohnung jährlich um knapp 300 Euro erhöhen, erklärte BBU-Sprecher David Eberhart. Dies gelte nicht nur für Wohnungen im Märkischen Viertel, sondern für alle Sozialwohnungen, die ihren Status als öffentlich geförderte Wohnung verlieren. Bis zum Jahr 2010 betrifft das rund 40 000 Wohnungen in Berlin.

Der BBU-Sprecher forderte, der Senat solle sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung bei der Grundsteuer-Berechnung für ehemalige Sozialbauten einsetzen. Die Bewertung der Häuser ist bundeseinheitlich festgelegt. Die Senatsfinanzverwaltung will zwar keine Bundesratsinitiative starten, sie verwies gestern aber darauf, dass sie sich bei den Verhandlungen über ein neues Erbschaftsrecht auch für eine Änderung bei der Grundsteuer-Berechnung einsetze. Ziel sei es, zu einer gerechteren Bewertung zu kommen und Preissprünge bei ehemaligen Sozialwohnungen zu verhindern.

Im Märkischen Viertel gehen derweil die Bemühungen weiter, den Anstieg der Mietbelastung zu begrenzen. Große Wohnungen haben sich dort seit Ende 2006 um mehr als 200 Euro monatlich verteuert. Der SPD-Abgeordnete Jörg Stroedter sagte gestern, die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau wolle die Mieterhöhungen zwischen 14 und 18 Prozent zum 1. Januar zwar nicht zurücknehmen, habe aber in Aussicht gestellt, dass sie an den hohen Betriebskosten etwas ändern wolle. Mieter an der Finsterwalder Straße zahlen 4,27 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich für die Nebenkosten. Das ist sehr viel mehr als sonst in Berlin üblich. Der Durchschnitt bei den BBU-Mitgliedsunternehmen in Berlin liegt bei 2,10 Euro. (ulp.)

Berliner Zeitung, 12.06.2007